

Anzeichen für positive Veränderungen

Andrei Yakovlev, Moskau

Zusammenfassung

Der bislang noch sehr schwache positive Trend in der Wirtschaft ist sehr empfindlich gegenüber unterschiedlichen »Signalen«, die aus der Regierung kommen und die Erwartungen der Wirtschaftsakteure zum Schlechteren wenden können.

Stimmungswechsel in der Wirtschaft

In der Wirtschaft Russlands gibt es Anzeichen für Veränderungen. Sie lassen sich in den Stimmungen der Wirtschaftsakteure feststellen. Diese Veränderungen an sich sind noch keine Garantie für eine radikale wirtschaftliche Verbesserung, aber sie können zur Grundlage für ein Wachstum werden, wenn sie von positiven Signalen in der Politik gestützt werden. Zur Begründung dieser Schlussfolgerung möchte ich drei Fallbeispiele aus dem August und dem September 2016 anführen, und Ergebnisse von Studien, die das Zentrum für makroökonomische Analysen und kurzfristige Prognosen (russ. Abk.: »ZMAKP«) vorgenommen hat.

Der Blick auf die Mikroebene

Fallbeispiel 1: Ein Topmanager aus der Finanzsparte einer großen russischen Holding gab nach der Analyse der Rechnungslegung für das erste Halbjahr 2016 folgenden Kommentar: »Bei uns laufen die Dinge besser, als man erwarten konnte«. Eine der möglichen Erklärungen wäre eine Strategieänderung angesichts der verschärften Konkurrenz. Insbesondere die Branchengruppe der Holding, die für den Einzelhandel außerhalb des Lebensmittelbereichs zuständig ist, hat die Gewinnmargen gesenkt, wodurch eine Erhöhung ihres Marktanteils erreicht werden konnte und sie für die gesamte Holding das Gewinnvolumen in ihrer Branche erhöhte.

Fallbeispiel 2: Im Jahr 2014 ging der Manager eines großen russischen Unternehmens zum Studium ins Ausland und hatte den Plan, im Herbst 2016 nach Russland zurückzukehren. Im Frühjahr 2016 nahm er an, dass es wegen der verschlechterten Wirtschaftslage weniger Einstellungsmöglichkeiten geben werde und er mit einem niedrigeren Einkommen zu rechnen habe, als er vor seiner Abreise hatte. Allerdings erhielt er im Juli und August in Moskau einige Angebote mit vergleichbarer oder höherer Entlohnung. Seine Einschätzung nach informellen Gesprächen mit ehemaligen Kollegen lautet: »Für das gleiche Geld laufen die Leute nun flinker«.

Fallbeispiel 3: Ende August wurden an einer der führenden Hochschulen des Landes der neue Jahrgang analysiert. Bei einem gewissen Rückgang von neuen Studenten mit staatlichen Stipendien ist der Anteil der

»zahlenden Studenten« um 60 Prozent gestiegen. Die letzten drei Jahre hatte diese Hochschule die Studiengebühren nicht mehr an die Inflation angepasst (wie das früher geschehen war), und die Aufnahme öffentlich finanzierter Studenten etwas reduziert. Diese Faktoren können jedoch nicht die nach drei Jahren Stagnation explosionsartig gestiegene Nachfrage nach den Studienprogrammen dieser Hochschule erklären – insbesondere, wenn man die damit verbundene langfristige Belastung der Familien in Betracht zieht. Durch demographische Veränderungen lässt sich dieser Effekt auch nicht erklären: 1999 hat es keinerlei Sprung bei der Geburtenrate gegeben. Nun ist die Frage, woher in diesen Familien das Geld für solche Investitionen kommt. Oder: Warum entschieden sie sich gerade jetzt, ihre Ersparnisse für diese Zwecke auszugeben?

Der Blick auf die Mesebene

Das ZMAKP hat nach einer Analyse der Ergebnisse des ersten Halbjahres 2016 unterschiedliche Tendenzen in diversen Industriezweigen festgestellt – ohne ein eindeutiges allgemeines Wachstum. Gleichzeitig ist eine gewisse Belebung der Investitionstätigkeit zu beobachten. Wenn im Jahr 2015 gegenüber 2013 in den allermeisten Branchen ein heftiger Rückgang der Investitionen festzustellen war, so gab es 2016 eine Reihe von Branchen, in denen ein merklicher Anstieg der Investitionen einsetzte (s. Grafik 16 auf S. 18). Dabei handelte es sich um die Bereiche Metallurgie, Chemie, Landwirtschaft, Holzverarbeitung und die Papierindustrie sowie eine Reihe von Infrastruktur- und Dienstleistungsbranchen.

Die Daten des ZMAKP belegen auch einen einsetzenden Anstieg der Industrielöhne, und zwar um rund 2–3 Prozent (nach einem Rückgang von 8–9 Prozent in der Zeit von Mitte 2014 bis Ende 2015). Andererseits heben die Experten des ZMAKP hervor, dass dieser Prozess praktisch kaum von einem Anstieg des Anteils der Lohnkosten am Umsatz begleitet war, was ein indirekter Hinweis auf eine erhöhte Effizienz der Unternehmen sein könnte.

Diese Einschätzung deckt sich mit den Kommentaren des Mitbesitzers eines mittelgroßen Unternehmens aus der Elektrotechnikbranche: Die erhöhte Effizienz der

Unternehmen ist auf eine Konsolidierung der Branche durch Verdrängung der weniger erfolgreichen Unternehmen vom Markt zurückzuführen. Dabei gewinnen diejenigen, die in der vorherigen Periode in die technische Weiterentwicklung investiert hatten.

Auch die Einschätzungen eines Spitzenmanagers einer großen staatlichen Bank verweisen darauf, dass es in einigen Branchen ein Wachstum gibt. Unter anderem geht aus dem Kreditportfolio seiner Bank für mittelgroße Unternehmen (mit einem Jahresumsatz von bis zu 10 Milliarden Rubel) hervor, dass sich im vergangenen Jahr der Anteil von Unternehmen der Agrarindustrie verdoppelt hat, obwohl, so der Befragte, »wir überhaupt nicht die ‚Rosselchosbank‘ [Russische Agrarbank] sind und das auch nicht werden wollen«. Auch Unternehmen der Chemie- und Leichtindustrie nehmen Kredite auf, allerdings sind es hier die größeren Unternehmen.

Nach Ansicht dieses Bankmanagers bleibt das Problem der Finanzausstattung ein ernsthaftes Hindernis für den realwirtschaftlichen Bereich. Hier spielen jene Instrumente eine wichtige Rolle, mit denen die Unternehmen den Preis für Finanzmittel reduzieren können. Die Anwendung dieser Instrumente liegt aber oft im Schnittbereich der Zuständigkeiten verschiedener Behörden und Agenturen. Und hier entsteht eine mächtige »Blockade«, die auf die omniprésente Furcht vor dem »Anmarsch des Staatsanwalts« zurückzuführen ist. Jede notwendige Handlung, die über ein Verlegen von Papieren aus einem Bürozimmer ins andere hinausgeht, bringt automatisch die Frage mit sich: »Und wie erkläre ich das, wenn die Staatsanwälte kommen?« (Hier ist der Moduswechsel bezeichnend: Statt des früher üblichen »falls« sagt man heute »wenn«.) Diese Logik der Beziehungen hemmt drastisch die Lösung aller komplexen Fragen und schränkt dementsprechend den Zugang der Unternehmen zu Finanzmitteln ein. Auf das reale Ausmaß der Korruption hat die »totale Kontrolle« durch die Staatsanwaltschaft keine Auswirkung.

Blick auf die Makroebene

Auf einer allgemeineren Ebene ist es zur Erklärung der aktuellen Entwicklung hilfreich, die Situation der Jahre 2008/2009 zum Vergleich heranzuziehen. Angesichts der Krise damals war die Wahrung sozialer Stabilität eine der zentralen Prioritäten der Regierung. Der Staat griff daher zu einer Erhöhung der Renten, der Gehälter für öffentliche Angestellte und der Arbeitslosenhilfe. In der Folge sind im Jahr 2009 die Realeinkommen der Bevölkerung um 2 Prozent gestiegen – bei einem gleichzeitigen Rückgang des BIP um fast 8 Prozent.

Teil dieser Politik war auch ein informeller Druck auf die Unternehmen, der von den Regionalregierungen mit dem Ziel ausgeübt wurde, Entlassungen zu ver-

hindern. Diese Politik setzte natürlich einen »Tauschhandel« zwischen Regierung und Unternehmen voraus, doch wurde dabei in Wirklichkeit den ineffizientesten Unternehmen beträchtliche Hilfe gewährt. Gleichzeitig hat die zentralisierte Erhöhung der Arbeitslosenhilfe und der Gehälter im öffentlichen Sektor dazu geführt, dass sich für die Unternehmen die Opportunitätskosten auf dem Arbeitsmarkt erhöhten und die Möglichkeiten zur Umstrukturierung schrumpften.

In der jetzigen Krise haben die Regionalregierungen aufgrund der getätigten Ausgaben zur Umsetzung von Putins »Maierlassen« aus dem Jahr 2012 praktisch keine Ressourcen mehr, um ineffiziente Unternehmen zu unterstützen. Gleichzeitig führte 2014–2015 eine Kürzung der Sozialausgaben im Haushalt dazu, dass die Opportunitätskosten auf dem Arbeitsmarkt sanken.

Unter diesen Bedingungen wurde der Wettbewerb stärker und es begannen dabei diejenigen Unternehmen zu gewinnen, die zuvor in ihre Entwicklung investiert hatten. Sie gewannen jetzt deshalb, weil der Staat sie jetzt weniger stört. Gleichzeitig zwingt der weiterhin bestehende Fachkräftemangel florierende Unternehmen dazu, die Entlohnung zu erhöhen, während der Wettbewerb sie zu neuen Investitionen drängt.

Zu all diesen Faktoren kommen natürlich die Auswirkungen der außenpolitischen Schocks, der innenpolitischen Maßnahmen sowie jener Formen hinzu, in denen der Staat mit Unternehmen zusammenarbeitet. In diesem Kontext erfolgte meiner Ansicht nach im Frühjahr und Sommer 2016 eine psychologische Anpassung der Wirtschaftsakteure an die »neue Realität«, indem man sich bewusst wurde, dass es in den Beziehungen zum Westen langfristig Spannungen gibt und der Zugang zu den Kapital- und Technologiemarkten beschränkt ist. Gleichzeitig verstand man auch, dass sich für bestimmte Wirtschaftsbereiche neue Möglichkeiten eröffnen. Hiermit lassen sich auch die Ergebnisse einer jüngsten Konjunkturumfrage des Gajdar-Instituts erklären, bei der ein hoher Anteil der Firmenchefs (74 Prozent) die gegenwärtige Situation als »normal« bezeichnete (<http://www.rbc.ru/economics/08/09/2016/57d1837e9a7947127b6bc1ce?from=main>).

Ein wichtiger Faktor war hier die relative außenpolitische Stabilisierung. Das Einfrieren des Konfliktes in der Ukraine, der schnelle Rückzug der Russischen Föderation aus einer direkten Beteiligung an den Kampfhandlungen in Syrien, die Begrenzung des Konfliktes mit der Türkei, all das sind Beispiele für eine Situation, in der das Ausbleiben schlechter Nachrichten bereits eine gute Nachricht sein kann.

In dieser Situation begannen die Leute zu verstehen, dass man weiterleben und durchhalten muss. Also müssen die Möglichkeiten genutzt werden, die auf dem

Markt entstehen, es müssen starke Mitarbeiter eingestellt werden, in gute Bildung für die Kinder investiert werden usw. Zur Aufrechterhaltung dieses Trends müssen die Initiativen gewissenhafter Akteure –sowohl in den Unternehmen, als auch im Staatsapparat (besonders auf regionaler Ebene) – unterstützt werden.

Zur Vorbeugung gegen eine Zunahme sozialer Spannungen ist es sehr wichtig, über die Schaffung von Arbeitsplätzen für diejenigen nachzudenken, die entlassen werden. Im Unterschied zu einer Konzeption der »25 Millionen High-Tech-Arbeitsplätze«, wie sie vor

fünf Jahren vorgeschlagen wurde, sollte es hier eher um Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich gehen, damit auch die Geringerqualifizierten, die jetzt in der Industrie entlassen werden, wieder in Arbeit gebracht werden.

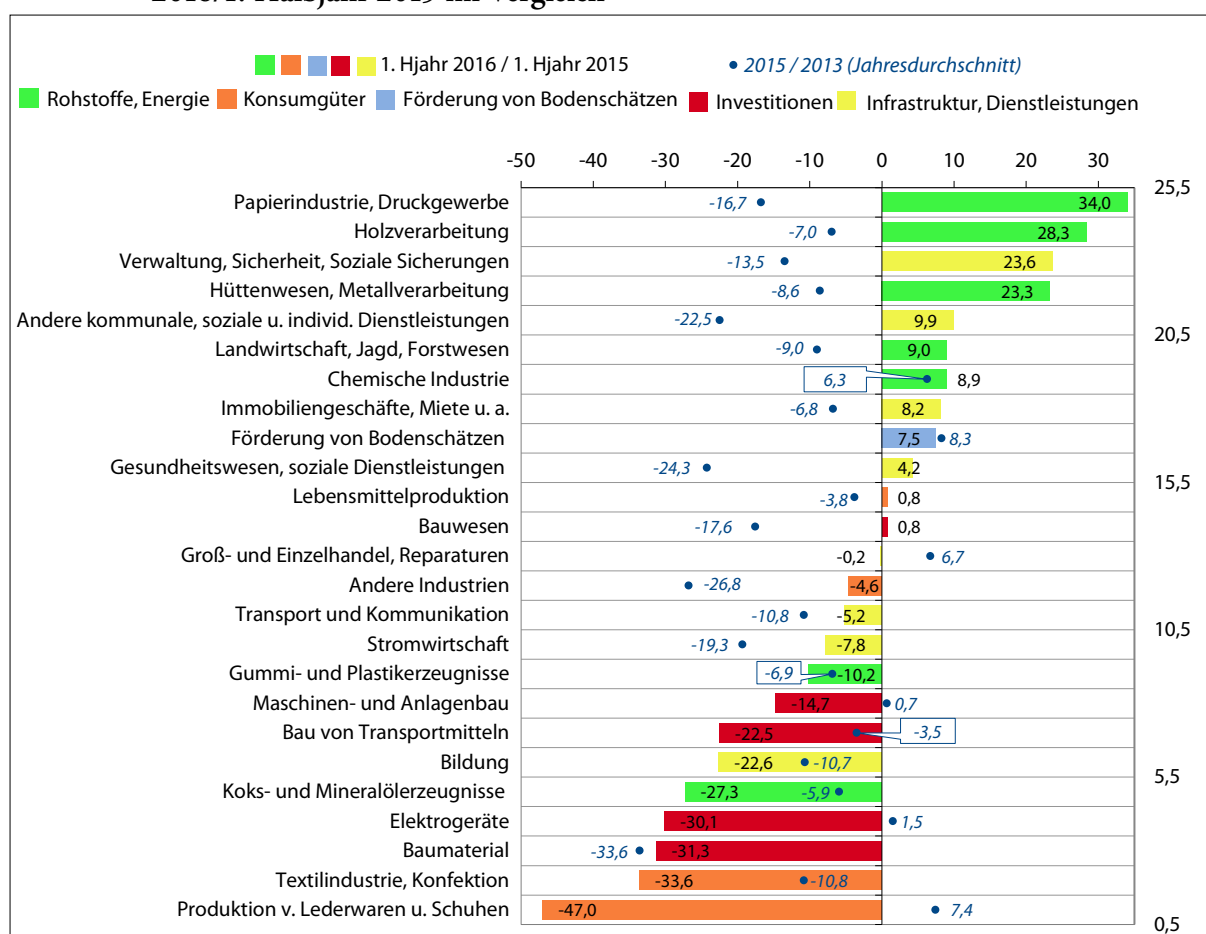
Der jetzt festzustellende und noch äußerst schwache positive Trend ist sehr empfindlich gegenüber unterschiedlichen »Signalen«, die aus der Regierung kommen. Daher ist es äußerst wichtig, »abrupte Bewegungen« zu vermeiden, die die Erwartungen der Wirtschaftsakteure ins Negative wenden könnten.

Dieser Kommentar basiert auf den Ergebnissen von Studien, die 2016 mit Unterstützung des Programms für Grundlagenforschung der »Higher School of Economics« durchgeführt wurden.

Über den Autor

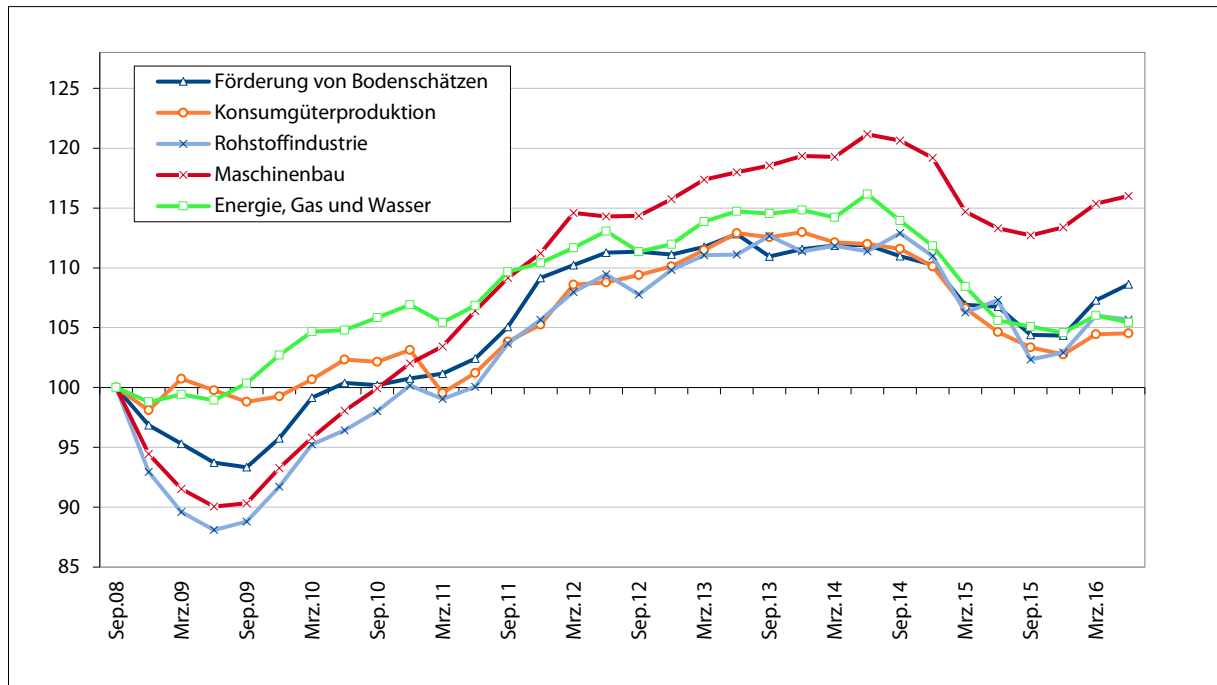
Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts Unternehmens- und Märkteanalysen der Higher School of Economics Moskau und Präsident des Verbandes unabhängiger Zentren für Wirtschaftsanalyse (ARETT).

Grafik 16: Investitionen ins Grundkapital nach Industriezweigen 2015/2013 und 1. Halbjahr 2016/1. Halbjahr 2015 im Vergleich



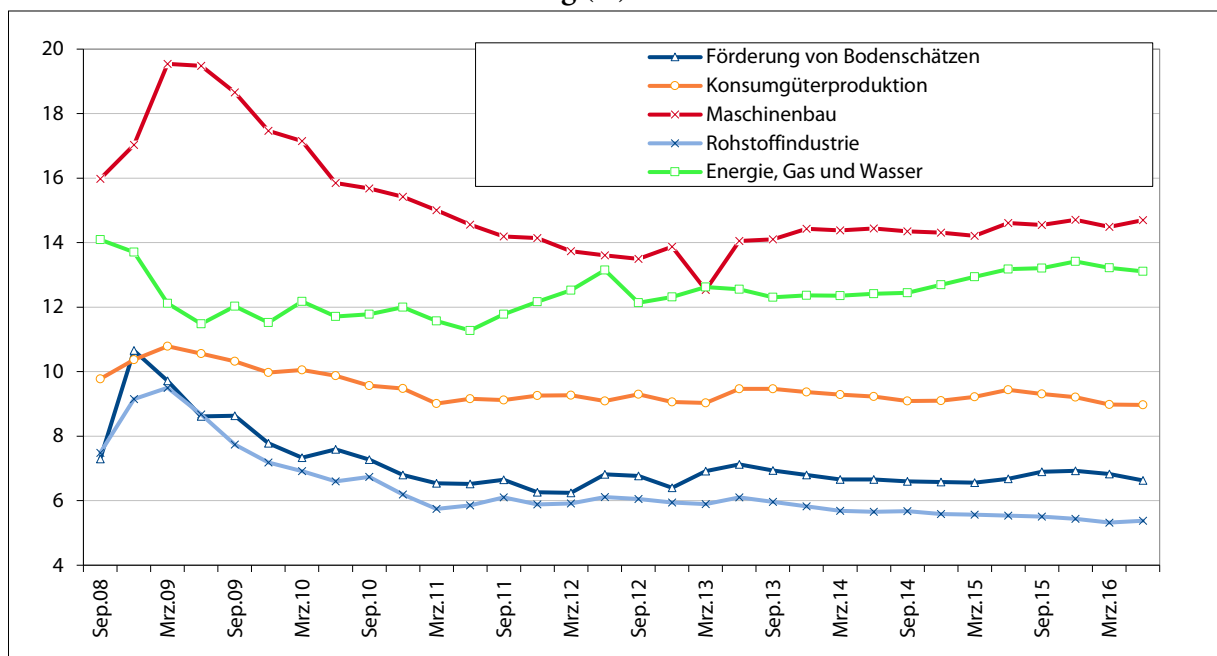
Quelle: Tendenzii raswitiija promyschlennosti, ZMAKP (PDF-Datei), 4 September 2016, S. 21

Grafik 17: Reallohn (3. Quartal 2008 = 100)



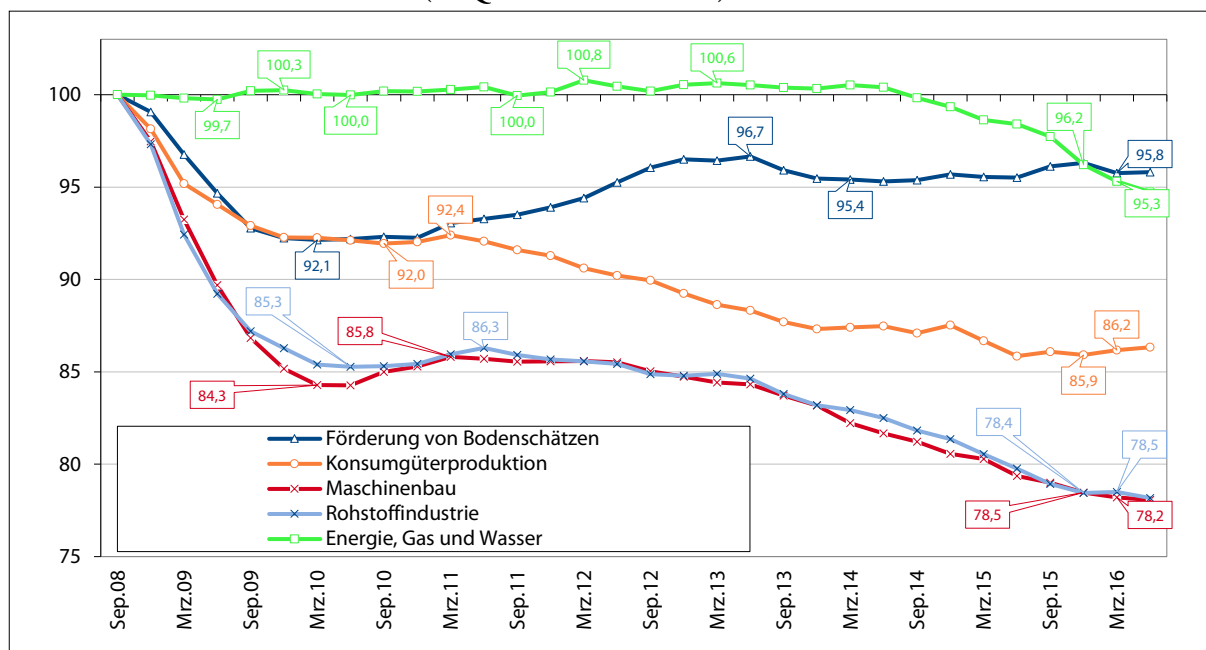
Quelle: Tendenzii raswitiija promyschlennosti, ZMAKP (PDF-Datei), 4 September 2016, S. 22

Grafik 18: Anteil des Arbeitslohns im Ertrag (%)



Quelle: Tendenzii raswitiija promyschlennosti, ZMAKP (PDF-Datei), 4 September 2016, S. 22

Grafik 19: Zahl der Mitarbeiter (3. Quartal 2008 = 100)



Quelle: Tendenzii raswitiija promyslennosti, ZMAKP (PDF-Datei), 4 September 2016, S. 22

ANALYSE

Unmittelbare und mittelbare Folgen der Wirtschaftssanktionen zwischen der EU und Russland auf Produktion und Beschäftigung in Deutschland

Jutta Günther, Bremen, Maria Kristalova, Bremen, Udo Ludwig, Leipzig

Zusammenfassung

In der Mitte des Jahres 2014 verhängten die EU und Russland infolge des Ukraine Konfliktes gegenseitige Sanktionen. Die bereits seit 2013 abnehmenden Warenexporte Deutschlands nach Russland brachen danach noch tiefer ein. Dieser Beitrag schätzt unter Verwendung der kürzlich vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Input-Output Tabellen für das Jahr 2012 die ökonomischen Folgen der Sanktionen für die Produktion und Beschäftigung in Deutschland. Dabei gehen sowohl die direkten als auch die indirekten Effekte entlang der gesamten Wertschöpfungskette in die Analyse ein. Die Produktionsverluste infolge der Sanktionen liegen kumuliert über die Jahre 2014 bis 2016 bei mehreren Milliarden. Bezogen auf die Bruttowertschöpfung entsprechen die Verluste aber »nur« 0,15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Starke Verluste erleiden jedoch die Hersteller unmittelbar sanktionierter Warengruppen und deren Zulieferer, insbesondere der Fahrzeugbau, der Maschinenbau und die Erzeuger von Eisen und Stahl.

Wirtschaftssanktionen gegen Russland

Als Reaktion auf die Eskalation des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine verhängten die EU und andere westliche Länder in der zweiten Hälfte des Jahres 2014 Wirtschaftssanktionen gegen Russland, auf die Russland wiederum mit Gegensanktionen rea-

gierte. Neben der Beschränkung von Finanztransaktionen setzte die EU vor allem Ausfuhrverbote für Waffen und sogenannte »Dual-Use-Güter«, die für militärische Zwecke verwendet werden können, sowie für Maschinen und Zubehör zur Öl- und Gasförderung in Kraft. Die russischen Gegensanktionen betreffen insbeson-